# **Einsprache-Möglichkeit:** *Gesundheitliche Schädlichkeit von Mobilfunk aufzeigen*

**Dieses Dokument enthält Textausschnitte, die für Einsprachen gegen Mobilfunk-Ausbauten verwendet werden können. Bitte beachten Sie die gelb markierten Stellen. Diese sollten auf Ihre Sachlage angepasst oder im Zweifelsfall entfernt werden. Die einzelnen Textblöcke stammen aus verschiedenen Einsprachen und enthalten evtl. Verdoppelungen. Bei einer Weiterverwendung muss die Zusammensetzung der einzelnen Textbausteine überprüft werden.** *Die nachfolgende Einsprache-Möglichkeit wurde vornehmlich für Antennenstandorte in der Schweiz entwickelt. Diese können aber leicht auch auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen anderer Länder angewendet werden. Die Prinzipien sind allerorts die gleichen.*

***Da sich die politische Lage aufgrund neuer Gerichtsurteile etc. ständig ändert, sind gewisse Textpassagen evtl. bereits nicht mehr auf dem aktuellsten Stand. Wir empfehlen, folgende weiterführenden Links zu sichten:***

[www.diagnose-funk.org](http://www.diagnose-funk.org)

*www.schutz-vor-strahlung.ch*

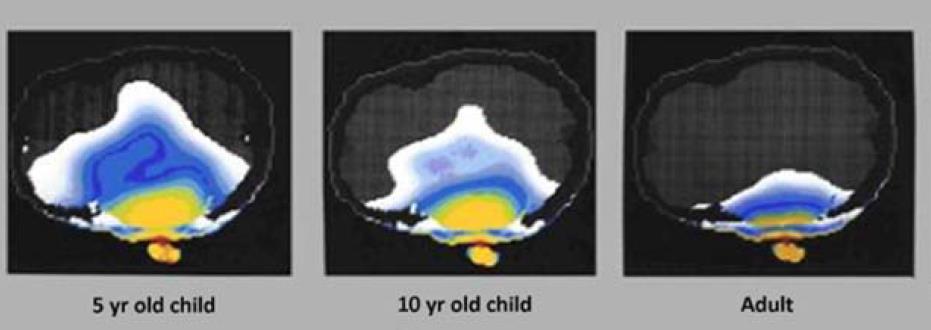
Die vorgängige Zustimmung und Information über Massnahmen, welche die menschliche Gesundheit beeinträchtigen könnten, sind ein wesentliches Menschenrecht. Dieses wird sowohl in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und anderen internationalen Verträgen anerkannt und wird noch brisanter, wenn es um die Exposition von Kindern und Jugendlichen geht. Ausserdem dürfen experimentelle Studien nur an Menschen durchgeführt werden, die ihr Einverständnis dazu gegeben haben. 5G kann die menschliche Gesundheit ernsthaft beeinträchtigen. Dies zeigen neueste Erkenntnisse der BERENIS (Siehe Beilage Dok 7a), sowie auch das Gerichtsurteil zur REFLEX-Studie. Die Zustimmung bei den betroffenen Personen (mindestens der betroffenen Personen im Einspracheradius) wurde von Seiten der Mobilfunkbetreiberin nicht eingeholt. Die Schweiz anerkennt die Menschenrechte, wodurch im Vorfeld eines jeden Baus einer Mobilfunkanlage die betroffene Bevölkerung informiert und ihre Zustimmung eingeholt werden muss. Hat die Bevölkerung ihre Zustimmung nicht gegeben, darf die Anlage weder bewilligt noch gebaut werden.

Bedenken liegen aber nicht nur aufgrund der neusten Erkenntnisse der BERENIS vor. Bereits länger zurückliegende wissenschaftliche Studien beweisen ernstzunehmende gesundheitliche Beeinträchtigungen im nahen Umkreis von Mobilfunkanlagen. So z.B. die «Naila-Studie»: In der deutschen Stadt Naila wurden im Beobachtungszeitraum von 1994-2004 Daten von 967 Patienten im Umkreis eines Mobilfunksenders gesammelt. Es erfolgte eine entfernungsbezogene Einteilung der Patienten in einen Nahbereich (Distanz zur Mobilfunkanlage < 400m) und einen Fernbereich (Distanz zur Mobilfunkanlage >400m). Die Ergebnisse von 1994-2004 zeigte eine Verdoppelung der Krebsrate im Nahbereich und das Erkrankungsalter der Patienten war durchschnittlich 8.5 Jahre niedriger als im Fernbereich. Betrachtet man die Ergebnisse von 1999-2004 zeigt sich sogar eine Verdreifachung der Krebsrate im Nahbereich, verglichen zum Fernbereich. Zwei Liegenschaften des Einsprechers liegen im «Nahbereich» des geplanten Bauobjektes und werden dauerhaft bewohnt. Im OMEN 06 wohnt im Obergeschoss eine junge Familie mit neugeborenem Baby. Würden Sie diesem Neugeborenen 30 Mobilfunktelefone um den Kopf binden? Zu einem Zeitpunkt wo die Schädeldecke noch nicht fertig ausgebildet ist und das Neugeborene deutlich weniger biologische Abwehrsubstanz aufweist? Das Baugesuch 21-05 der Sunrise verlangt diesen menschenrechtswidrigen Wahnsinn mit einer «geschönten» Prognose-Berechnung von 4,9 V/m. Diese Anlage darf weder bewilligt noch gebaut werden!

Die REFLEX-Studie ist ein von der Europäischen Union im Rahmen des Quality of Life and Management of Living Resources−Programms gefördertes und von der Stiftung für Verhalten und Umwelt, einer vom Verband der Zigarettenindustrie gegründeten Stiftung, durchgeführtes Projekt zur Erforschung möglicher Schädigungen des Erbguts durch hochfrequente elektromagnetische Felder (HF-EMF), wie sie beispielsweise bei der Mobilfunk-Technologie verwendet werden. Laut der REFLEX-Studie sollen sowohl DCS 1800 als auch GSM 900 bereits unterhalb des gesetzlichen Grenzwertes von 2 W/kg Schädigungen an der Struktur und Funktion der menschlichen Gene verursachen können. Es sollen sowohl bei intermittierender als auch bei kontinuierlicher Exposition verstärkt Einzel- und Doppelstrangbrüche der DNA menschlicher Fibroblasten sowie HL60-Zellen und Granulosazellen von Ratten aufgetreten sein. Ferner soll eine Zunahme von Mikrokernen und Chromosomenaberrationen in menschlichen Fibroblasten sowie Veränderungen der Genexpression in mehreren Zellarten, insbesondere in menschlichen Endothelzellen und embryonalen Stammzellen von Mäusen festgestellt worden sein. Ein bedeutsamer Anstieg der DNA-Strangbrüche war laut Studie in menschlichen Fibroblasten bereits bei dem SAR-Wert von 0,3 W/kg nachweisbar. Prof. Alexander Lerchl behauptete (auch anl. von Referaten in der Schweiz), dass die REFLEX-Studie keine Gültigkeit habe. Das Hanseatische Oberlandesgericht Bremen verurteilte in diesen Tagen Professor Alexander Lerchl zur Rücknahme seiner Fälschungsbehauptung gegenüber der REFLEX-Studie . Das Urteil ist endgültig und kann nicht weitergezogen werden. Die REFLEX-Studie hat Gültigkeit und muss bei der Entscheidfindung berücksichtigt werden

Bisher hat die beratende Expertengruppe des Bundes BERENIS das Gesundheitsrisiko durch elektromagnetische Frequenzen als signifikant eingestuft, da für Schäden unterhalb der Anlagegrenzwerte eine gewisse, eher geringe Wahrscheinlichkeit bestand. Aus diesem Grund orientierten sich die Immissionsgrenzwerte an den bewiesenen Gefahren durch Mobilfunk (60 V/m) und die Anlagegrenzwerte sollten vor unklaren Auswirkungen schützen (6 V/m). Seit dem 22. Januar 2021 bewertet die BERENIS das Risiko als viel grösser. Neu befindet sich das Risiko im roten Bereich, was im Risikomanagement eine sofortige Abschaltung bis zur Behebung des Risikos verlangt. Insbesondere bei der Risikobewertung besonders empfindlicher Gruppen spielt dies eine Rolle, weil bei sehr jungen, alten wie auch vorgeschädigten Personen unterhalb der An-lagegrenzwerte mit Schäden gerechnet werden muss. Konkret handelt es sich um oxydativen Stress, also ein Ungleichgewicht von Giftstoffen (freie Radikale) und neutralisierenden Stoffen. Zahlreiche Organe können durch freie Radikale geschädigt werden, was unzählige Krankheiten zur Folge haben kann/könnte: Chronische Entzündungen, Schmerzen, Krebs bis hin zu Depression, Schizophrenie etc. Die Immissionsgrenzwerte sind nicht länger haltbar. Würde diese Risikoeinschätzung bei einem Medikament gemacht, dann würden die Effekte nicht mehr zu den Nebenwirkungen gehören, da sie mit zu grosser Häufigkeit auftreten. Das Produkt würde per sofort vom Markt genommen. Da vorgeschädigte, junge und auch alte Personen der Mobilfunkstrahlung nicht ausweichen können, müssen auch Mobilfunkanlagen per sofort stark gedrosselt werden. Der BERENIS-Newsletter Januar 2021 liegt diesem Schreiben bei.

1. Diverse weitere Studien über gesundheitliche Auswirkungen von Mobilfunk sind zu finden unter: www.emf-data.org
2. Gefahr für Kinder: Kinder sind besonders gefährdet. Das BAKOM hält in seinen Informationen vom 17. April 2019 fest, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO die hochfrequente Strahlung als möglicherweise krebserregend klassifiziert *(Kategorie 2B - in der gleichen Kategorie werden Benzole und Insektizit DDT eingestuft)*, gestützt auf Befunde bei der Nutzung von Mobiltelefonen. Für die Belastungen durch ortsfeste Sendeanlagen fehlen aussagekräftige Langzeituntersuchungen. Die WHO arbeitet selbst seit 5 Jahren an einem neuen Übersichtsbericht zu den Gesundheitsauswirkungen von hochfrequenter und nichtionisierender Strahlung. Es ist unklar, wann dieser fertiggestellt sein wird. Der Schutz der Gesundheit ist nicht gewährleistet. MIR-Aufnahmen sind heute eine Möglichkeit zu definieren, wieviel Hochfrequenzstrahlung (HF-Strahlung) in spezifischen Geweben von Kindern absorbiert bzw. aufgenommen wird. Kinder absorbieren HF-Strahlung stärker als Erwachsene, weil die Schädeldecke dünner ist, das Hirngewebe aufgrund des deutlich höheren Anteils an Wasser mehr aufnimmt und die relative Grösse kleiner ist. Im Jahr 1996 wurde bestätigt, dass HF-Strahlung dadurch tiefer in das Gehirn eines Kindes eindringt als bei Erwachsenen. 2008 bestätigte Joe Wiart, Forscher der französischen Telecom und Orange, **dass das Gehirn eines Kindes doppelt so viel HF-Strahlung aufnimmt als das Gehirn eines Erwachsenen.**

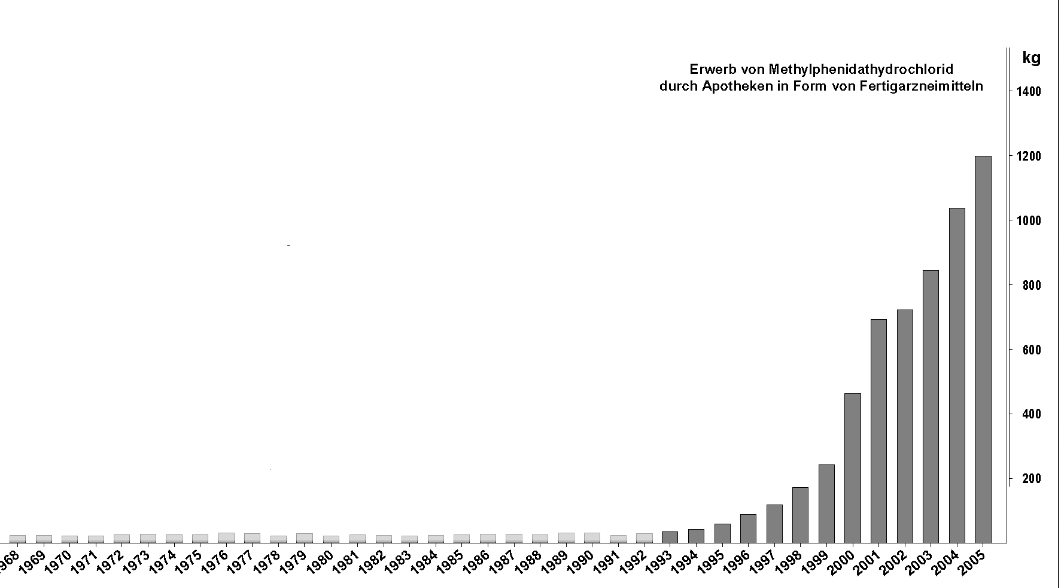


Auszug aus Electromagnetic Biology and Medicine, 31(1): 34–51, 2012 Copyright: Informa Healthcare USA, Inc. ISSN: 1536-8378 print / 1536-8386 online DOI: 10.3109/15368378.2011.622827

1. Mit dem Anstieg der Mobilfunknutzung und dem Bau von Antennen, steigt gleichzeitig die Vergabe von Ritalin an Kindern. Es besteht ein Hinweis darauf, dass Mobilfunk zu Hyperaktivität (ADHS) bei Kindern führt.

**Mobilfunkstart in Deutschland 1992**

**Ritalinvergabe an Kinder**



1. In Frankreich wurden Geräte, die elektromagnetische Wellen senden, für alle Kinder unter 3 Jahre aus gesundheitlichen Aspekten verboten. Zitat: „Die Installation von festen Endgeräten mit drahtlosem Internetzugang ist in Bereichen verboten, die dem Empfang, der Ruhe und den Aktivitäten von Kindern unter drei Jahren gewidmet sind.“[[1]](#footnote-1)   
   In Indien wurden 2012 die Grenzwerte für elektromagnetische Felder von Mobilfunk-Basisstationen auf ein Zehntel der in Deutschland geltenden Werte abgesenkt. Seit einem Urteil von 2017 ist zudem die Aufstellung von Mobilfunkmasten in der Nähe von Schulen, Spielplätzen und Krankenhäusern verboten. Auch die Regierung Israels verbot 2015 WLAN in Kindergärten und Vorschulen und beschränkte die Stunden der Nutzung in Schulen.  
     
   Im Jahr 2017 forderten die Ärztekammern Zyperns und Österreichs in einem gemeinsamen Appell ein Verbot kabelloser Netzwerke an Schulen, Vorschulen, Kindergärten und Grundschulen. Mit dem ebenfalls 2017 ausgerufenen Reykjavik-Appell hielt das WLAN-Verbot auch an Islands Schulen Einzug – unterzeichnet von Eltern und über 130 Wissenschaftlern und Ärzten.

1. Artikel 7 des Gesetzes Nr. 2015-136 vom 9. Februar 2015 in Bezug auf Nüchternheit, Transparenz, Information und Konsultation zur Exposition gegenüber elektromagnetischen Wellen.   
   https://ecole.ac-nice.fr/grasse/blog/2018/06/11/wifi-dans-les-ecoles-que-dit-la-loi/ [↑](#footnote-ref-1)